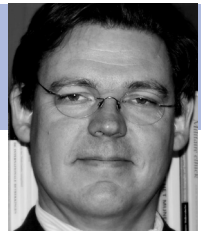


## Friedensstifter oder Fachidiot?

Was die NATO noch – oder nicht mehr kann: Eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit des Bündnisses

Pro & Contra | **Die Allianz ist zerstritten, es fehlt an Ausrüstung, ihre Militäreinsätze sind in manchen Mitgliedsstaaten innenpolitisch schwer vermittelbar: Ist die NATO ein überfordertes Relikt des Kalten Krieges, das bald verschwinden wird? Oder passt sie sich den Herausforderungen an und bleibt angesichts grenzüberschreitender Bedrohungen unverzichtbar? Peter van Ham und Karl Kaiser vertreten dazu gegensätzliche Positionen.**



Dr. PETER VAN HAM, geb. 1963, ist Direktor der Global Governance-Abteilung des niederländischen Instituts für internationale Beziehungen Clingendael in Den Haag.

## Die NATO schwindet dahin ...

... weil sie keine Lösungen für neue Bedrohungen anbieten kann

Nach einem berühmten britischen Lied aus dem Ersten Weltkrieg sterben alte Soldaten nicht, sie schwinden lediglich dahin. Das scheint auch das Schicksal der NATO zu sein. Ihre Ausdauer sollte uns dabei mehr überraschen als ihr Ableben. Die Organisation hat den Interessen des Westens im Kalten Krieg und unmittelbar danach gute Dienste geleistet, doch sie verliert langsam aber sicher ihre Bedeutung als zentrales Instrument für die Herausforderungen der transatlantischen Sicherheit. Dafür gibt es vier Gründe:

### 1. Es gibt zu viel zu tun

Die NATO wird überhäuft mit neuen Aufgaben, Mitgliedern und Einsätzen und hat ihre Strukturen und Mittel nicht entsprechend angepasst. Während die EU ihre Entscheidungsprozesse rundum erneuert hat, um nach der Erweiterung reibungslos Politik machen zu können, hält die NATO an der Einstimmigkeit fest, so dass jedes Mitglied jede Entscheidung blockieren kann. Während des Kalten Krieges waren die USA willens und in der Lage, als Schlichter aufzutreten, um ihre Ziele zu erreichen. Aber heute ist Washington offenbar nicht

nur unfähig, sondern es hat auch keine Lust, den 26 NATO-Mitgliedern Einstimmigkeit aufzuzwingen. Das führt zu regelmäßigen Blockaden, und folglich werden viele wichtige Themen in der NATO gar nicht erst diskutiert. So lassen sich weder eine gemeinsame transatlantische Linie zum Atomprogramm des Iran entwickeln noch die Beziehung der NATO zur EU klären. Das Bündnis hat die wichtigsten Sicherheitsbelange seiner Mitglieder nicht mehr im Griff.

Gleichzeitig ist die politische Agenda der NATO ein Abladeplatz für nahezu alle Herausforderungen und Bedrohungen, mit denen der Westen sich konfrontiert sieht. Zu ihren Aufgaben zählen inzwischen territoriale Verteidigung und Friedenssicherung ebenso wie Proliferationsfragen, Energiesicherheit, Raketenabwehr und Cyber-Terrorismus. Angesichts dieser Vielfalt könnte man meinen, dass die NATO noch immer im Mittelpunkt der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungsdebatte steht. Aber in ihrer Multifunktionalität sieht sie immer mehr aus wie ein Schweizer Taschenmesser, an dem alle Werkzeuge ausgeklappt sind. In diesem unhandlichen Zustand taugen Taschenmesser, obwohl sie eigentlich alles können, bekanntlich gar nichts. Ohne ausreichende Mittel und eindeutige Bestimmung ist die Vielseitigkeit der NATO eher ein Zeichen von Schwäche denn von Stärke. Das Bündnis hat einfach weder die Mittel noch die Instrumente, mit allen Aufgaben fertig zu werden.

Heute sieht die NATO aus wie ein Schweizer Taschenmesser, an dem alle Werkzeuge ausgeklappt sind.

Ein neues Strategiekonzept könnte einige Klarheit in die Prioritäten der NATO bringen. Aber die Tatsache, dass die meisten Mitgliedsländer eine Debatte dazu ablehnen, zeigt, wie wenig sie in die Zukunft der Organisation vertrauen. Aus den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten ist zu hören, die Risiken einer Strategieerneuerung seien zu groß, weil alte transatlantische Konflikte wieder aufflammen könnten.

## 2. Solidarität zählt nicht mehr

Die Tatsache, dass die NATO sich von einer verschworenen Allianz im Angesicht des Kalten Krieges zu einem lockeren Zusammenschluss gleichgesinnter Staaten gewandelt hat, verwässert einen ihrer größten Vorzüge: ihre strategische Solidarität. Der Bündnisfall, festgelegt in Artikel V des Vertrags von Washington, hatte die NATO zu etwas Besonderem gemacht. Doch heute werden Kriege aus einer Entscheidung heraus geführt und nicht mehr aus Verpflichtung. Die Mitgliedsstaaten entscheiden nach ihrem jeweiligen Ermessen, ob sie den verschiedenen NATO-geführten Missionen Truppen und Ressourcen zur Verfügung stellen. Viele Staaten stehen sich aus der Verantwortung, während einige Wenige die ganze Bürde der Einsätze auf dem Balkan, in Afghanistan und anderswo tragen.

Im Moment fühlen sich die NATO-Staaten, die in Afghanistan die Hauptlast tragen, von ihren Bündnispartnern im Stich gelassen. Die USA, Frankreich, Kanada und die Niederlande kämpfen im gefährlichen Süden des Landes und leiden unter dem gegenwärtig vorherrschenden Motto „Wer akzeptiert, muss bezahlen“. Kosten teurer NATO-Operationen werden nicht ge-

meinsam getragen und es hat sich als sehr schwierig erwiesen, die Teilnahme an Missionen ebenso wie die Verantwortung gerecht zu verteilen – all das straft das Konzept der strategischen Solidarität Lügen. Jedes Mal, wenn NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer durch die Hauptstädte reist und um Truppen, Ausrüstung und Geld bittet, sind die Schwächen des Bündnisses für jeden sichtbar. Es ist natürlich unfair, der NATO die Schuld daran zu geben, dass ihre Mitgliedsstaaten sich weigern, dem Bündnis die Mittel und Instrumente zur Verfügung zu stellen, die es braucht. Aber daran sieht man, dass ihre derzeitige Struktur veraltet ist. Sogar die Idee der kollektiven Verteidigung an sich ist zu überdenken. „Einer für alle und alle für einen“ gilt angesichts des internationalen Terrorismus und humanitärer Interventionen nicht mehr. Das mag logisch und vielleicht sogar positiv sein – aber es untergräbt das Fundament des Bündnisses.

### 3. Allumfassende Sicherheit?

Obwohl die kollektive Verteidigung (oder was davon übrig ist) das Alleinstellungsmerkmal der NATO bleibt, verfährt das Bündnis heute zunehmend nach einem „umfassenden Sicherheitsansatz“. Auf dem NATO-Gipfel in Riga im November 2006 kamen die Mitgliedsstaaten überein, dass Kernziele dauerhafter Stabilität und Sicherheit nur erreichbar seien, wenn es gelänge, ein breites

Die NATO ist ein Fachidiot:  
Sie hat außer militärischer  
Stärke nichts zu bieten.

Spektrum sowohl ziviler als auch militärischer internationaler Akteure einzubinden. Sowohl in Afghanistan als auch im Kosovo hat die NATO feststellen müssen, dass außer militärischer Stärke auch ökonomische, finanzielle und humanitäre Unterstützung über den Erfolg einer Mission entscheiden.

Das bietet Möglichkeiten zur Veränderung. Aber während die EU ein Alleskönner mit einer großen Bandbreite an wirtschaftlichen, zivilen und militärischen Instrumenten ist, bleibt die NATO Fachidiot: Sie hat außer militärischer Stärke nichts zu bieten. Doch bei der gegenwärtigen Sicherheitslage hat sich die Bedeutung und Brauchbarkeit militärischer Mittel verändert. Es ist daher unfair, nichtmilitärische Bedrohungen wie Cyber-Terrorismus und Energiesicherheit auf die Agenda der NATO zu setzen. Aber genau das geschieht. Während vor nicht allzu langer Zeit noch debattiert wurde, wie die EU die militärischen Möglichkeiten der NATO nutzen kann (das so genannte „Berlin-Plus-Paket“, verabschiedet 2003), geht es heute darum, wie die NATO von den Mitteln der EU, UN, Weltbank oder von NGOs profitieren kann.

Es wäre grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, dass das Bündnis die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der internationalen Gemeinschaft sucht – hätte die NATO nicht den Erfolg der Afghanistan-Mission zum Lackmustest für ihre Zukunft gemacht. Um Afghanistan zu stabilisieren, ist die NATO vollständig abhängig von anderen. Sie braucht Hilfe von außen, um Ziele wie Energiesicherheit und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu erreichen. In beiden Fällen spielt die EU eine Schlüsselrolle. In der komplexen globalisierten Welt wirkt die NATO-Werkzeugkiste mit ihren vielen militärischen Instrumenten archaisch. Das Wenigste kann sie selbst machen.



„NATO-Parade ...“ (1963)

Während die EU eine glaubwürdigere Verteidigungspolitik entwickelt, wird das Bündnis immer unwichtiger. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die EU die NATO als Garant für Sicherheit und Verteidigung in Europa ablöst.

#### 4. Flexible Bündnisse

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld schlug vor ein paar Jahren vor, „Koalitionen der Willigen und Fähigen“ den statischen und lahmen internationalen Organisationen vorzuziehen. Nach dem 11. September will kein amerikanischer Präsident mehr im Sumpf des Multilateralismus stecken bleiben, sei es in den UN oder in der NATO. Egal, wer nächstes Jahr ins Weiße Haus einzieht: Die USA werden die internationalen Institutionen anhand ihrer Brauchbarkeit für Amerikas Sicherheit überprüfen. Die NATO ist für sie nicht mehr als eine Art Sicherheits-Saloon, wo der amerikanische Sheriff seine Gang zusammenrommelt, um loszuziehen und böse Jungs zu jagen. Die USA holen sich beim Bündnis den Stempel der multilateralen Legitimation, ohne sich ihren außenpolitischen Handlungsspielraum groß einschränken zu lassen. Das erklärt, warum die Vereinigten Staaten dafür sind, das Bündnis zu erweitern, bis hin zu einer Einbindung von globalen Akteuren wie Australien oder Japan.

Es hat sicher Vorzüge, die Beziehung der NATO zu neuen, oft global agierenden Schlüsselfiguren wie der EU und den UN auf eine neue Ebene zu heben. In der ISAF kämpfen wichtige Verbündete wie Australien – 900 australische Soldaten stehen in der gefährlichen südlichen Provinz Uruzgan. Aber wenn viele NATO-Mitglieder sich weiter weigern, ihre Unversehrtheit bei diesen riskanten Missionen aufs Spiel zu setzen, dann untergräbt das die Logik und Daseinsberechtigung des Bündnisses noch mehr. Noch einmal: Das ist nicht die Schuld der NATO, denn sie ist nur Opfer der veränderten Sicherheits-

situation. Statische und formale Verteidigungsbündnisse sind veraltet und werden künftig durch flexiblere Ad-hoc-Zusammenschlüsse gleichgesinnter Staaten ersetzt werden. Und da alle Kriege auf Entscheidungen beruhen werden, wird die NATO unweigerlich zu einer Abrechnungsstelle für wechselnde Koalitionen werden und ihre Rolle als klassisches Militärbündnis aufgeben.

Dass wir es nicht vergessen: Die famose Westeuropäische Union gibt es offiziell immer noch, und sie hat sogar ein kleines Büro im Zentrum von Brüssel. So wird auch die NATO nicht plötzlich den europäischen Sicherheitsradar verlassen, sondern langsam dahinschwinden. Um relevant zu bleiben, wird sie sich in ihrem schicken neuen Sitz neu erfinden müssen. Artikel V gehört abgeschafft, und internationale Partnerschaften müssen formalisiert werden. Als Ergebnis davon wird die NATO der OSZE ähnlich werden. Damit ist der Beweis erbracht, dass es notwendig sein kann, eine internationale Organisation zu zerstören, um sie retten. Sie mag dann weiter NATO heißen, aber das käme einem Etikettenschwindel sehr nahe.

*Übersetzung: Dinah Stratenwerth*



Prof. Dr. Dr. h.c.  
KARL KAISER,  
geb. 1934,  
ehemaliger Direktor  
des Forschungs-  
instituts der DGAP,  
ist zurzeit Director,  
Transatlantic  
Relations Program,  
Weatherhead  
Center for  
International Affairs;  
Adjunct Professor  
of Public Policy,  
J.F. Kennedy  
School  
of Government,  
Harvard University,  
Cambridge, MA.

## Die NATO ist nötiger denn je ...

... weil nur sie den Rahmen für multilaterale Einsätze bieten kann

Die NATO bleibt aus mannigfachen Gründen unentbehrlich. Zuerst einmal sind mehrere ihrer „klassischen Funktionen“ in der sicherheitspolitischen Landschaft des 21. Jahrhunderts eher noch wichtiger geworden. Das Ende der Sowjetunion und der von ihr ausgehenden Bedrohung sowie die daraus oft gezogene Schlussfolgerung, die Allianz sei deshalb überflüssig, haben diese Funktionen übersehen lassen.

### Ein Friedenskern der Weltpolitik

Innerhalb der NATO gelang es – nicht zuletzt dank kluger amerikanischer Führung – den Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen unter den Mitgliedern so tiefgreifend zu verändern, dass Krieg zwischen ihnen undenkbar geworden ist. Vieles trug dazu bei: von der Integration der militärischen Kommandostrukturen – früher oft gegeneinander ausgerichtet – bis zur Abstützung durch politische und wirtschaftliche Kooperation. Die atlantische Region wurde zu einer Zone des Friedens, in der das Gewaltverbot der Vereinten Nationen Realität geworden ist. Die Chance auf ein Minimum an Weltordnung in einem instabilen Jahrhundert würde gravierend vermindert, wenn es nicht gelingt, die durch die NATO geschaffene und nach wie vor gewährleistete Friedenszone der Weltpolitik zu erhalten.

Das atlantische Bündnis hat mit Erfolg die Funktion eines Rahmens ausgeübt, der den Aufstieg oder die Demokratisierung von Staaten prägend mittrug. Dies begann mit der erfolgreichen Eingliederung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Angesichts damals bestehender Widerstände bestand Prä-



sident Harry S. Truman bei der Unterzeichnung des NATO-Vertrags 1949 darauf, Deutschland längerfristig zum gleichwertigen Mitglied zu machen; damit ermöglichte er seinen Aufstieg zu einer stabilen Demokratie und einem gewichtigen Partner. 1990 wiederholte sich der Vorgang bei der Vereinigung Ost- und Westdeutschlands, für die das Bündnis den – schließlich auch von der Sowjetunion so akzeptierten – bindenden Rahmen bildete, ohne den die Vereinigung wohl nicht stattgefunden hätte. Die Eingliederung der ehemals kommunistischen Länder und die Abstützung ihrer Demokratisierung und Konsolidierung stellen eine weiterhin wichtige und noch nicht abgeschlossene Aufgabe der NATO dar. Hinzu kommt die Gestaltung der Beziehungen zu potenziellen Mitgliedern und Kooperationspartnern wie Russland und der Ukraine, die zur Stabilität in und um Europa beiträgt.

Die NATO hat dazu beigetragen, dass sich ein rationaler Umgang mit Kernwaffen durchsetzte.

Die NATO hat im Laufe ihrer Existenz durch ihre Strategie, die Entwicklung von Regeln, ständige Übungspraxis und selektive Kooperation mit dem Konfliktgegner dazu beigetragen, dass sich ein rationaler Umgang mit Kernwaffen durchsetzte, der ihre Marginalisierung und Tabuisierung bewirkte. Dies bleibt angesichts des nach wie vor in NATO-Ländern und Russland bestehenden und (unnötig) umfangreichen Kernwaffenpotenzials eine existenziell wichtige Funktion.

Das atlantische Bündnis hat mit seiner dem Harmel-Bericht von 1967 folgenden Strategieänderung, die der überkommenen Abschreckung und Verteidigung Detente und selektive Kooperation mit dem Gegner an die Seite stellte, den weltumspannenden Ost-West-Konflikt gewaltlos beendet. Diese erfolgreiche Lösung eines potenziell das Überleben der Menschheit bedrohenden Konflikts bleibt von höchster Relevanz in einer Welt multipler Gefahren: als Vorbild, Inspiration und gelegentlicher Helfer. Nur ein weiterhin lebendiges Bündnis kann diese Wirkung haben.

### Unausweichliche Herausforderungen

Ist schon die Fortführung der beschriebenen Funktionen aus der Vergangenheit ein guter Grund, trotz des Wegfalls der sowjetischen Bedrohung die NATO zu erhalten, so gilt dies noch mehr, wenn eine Antwort auf die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstandenen sicherheitspolitischen Herausforderungen gesucht wird. Sie gruppieren sich um vier Problemfelder:

- Erstens die aus dem Zerfall von Staaten, Bürgerkriegen und ethnischen Konflikten rührenden Entwicklungen, die unmittelbar die Sicherheit von Bündnismitgliedern berühren und die deshalb gemeinsames Handeln erfordern. Die Konflikte auf dem Balkan sind hierfür ein Beispiel, wo NATO- (und EU-) Präsenz stabilisierend und staatsaufbauend wirken.
- Zweitens können – meist in Verbindung mit zerfallenden Staaten – Operationsräume und Rückzugsbasen für Terroristen entstehen, die, wie am 11. September 2001, Angriffe auf Ziele in westlichen Ländern durchführen und wo gemeinsames Handeln erforderlich wird, um diese zu zerstören oder

eine Wiedererstarkung zu verhindern. Afghanistan und der Einsatz von NATO-Kräften – neben Beiträgen anderer Institutionen und Länder – ist hierfür ein Beispiel.

- Drittens erfordert die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, vor allem wenn eine Verbindung mit Terroristen besteht oder entstehen kann, gemeinsames Handeln des Bündnisses.
- Viertens schließlich kann die massive Verletzung von Menschenrechten, wie sie in ethnischen Vertreibungen und Genoziden geschieht, Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft erfordern, die von der NATO durchgeführt werden oder an denen sie sich beteiligt.

Keine dieser Aufgaben kann von einem Staat allein, selbst nicht von den USA, mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden; aber kein Staat von Bedeutung und mit Ressourcen ausgestattet wie Deutschland kann sich auch einer Mitwirkung entziehen, denn in einer Welt transnationaler Verflechtung und relativ offener Grenzen werden alle Bündnismitglieder von den potenziell verheerenden Folgen der neuen Bedrohungen betroffen. Dies gilt beispielsweise

Deutschland kann sich angesichts seiner Bedeutung nicht einer Mitwirkung bei Einsätzen entziehen.

für den Balkan, Afghanistan oder den Nahen Osten. Die im Zusammenhang mit dem Bundestagsmandat für Afghanistan in Deutschland anzutreffende Meinung, dass deutsche Truppen mit Kampfauftrag dort nichts zu suchen hätten,<sup>1</sup> ist blind gegenüber der Tatsache, dass die Rückgewinnung Afghanistans als

Operationsbasis der Taliban und von Al-Qaida die Möglichkeit verlustreicher Anschläge in Deutschland oder bei Verbündeten drastisch erhöht. Auch eine in diese Richtung gehende Politik Berlins stellt sich nicht der aus Deutschlands internationaler Stellung erwachsenden Verantwortung und erkennt die zunehmenden Ressentiments, die eine solche „Ohne-mich“-Haltung bei den Verbündeten hervorruft, die deutsche Interessen mit eigenen Verlusten mittragen müssen.

Die NATO hat bei der Inangriffnahme der neuen Aufgaben ein großes Problem: Es wird nicht erkannt, dass die hierbei auftauchenden Schwierigkeiten geradezu strukturell bedingt sind. Während Skeptiker diese zum Anlass nehmen, das Bündnis resignierend abzuschreiben, sprechen die Interessen des Westens dafür, die Identifizierung der Schwierigkeiten vielmehr als notwendigen ersten Schritt zu ihrer Überwindung zu verstehen.

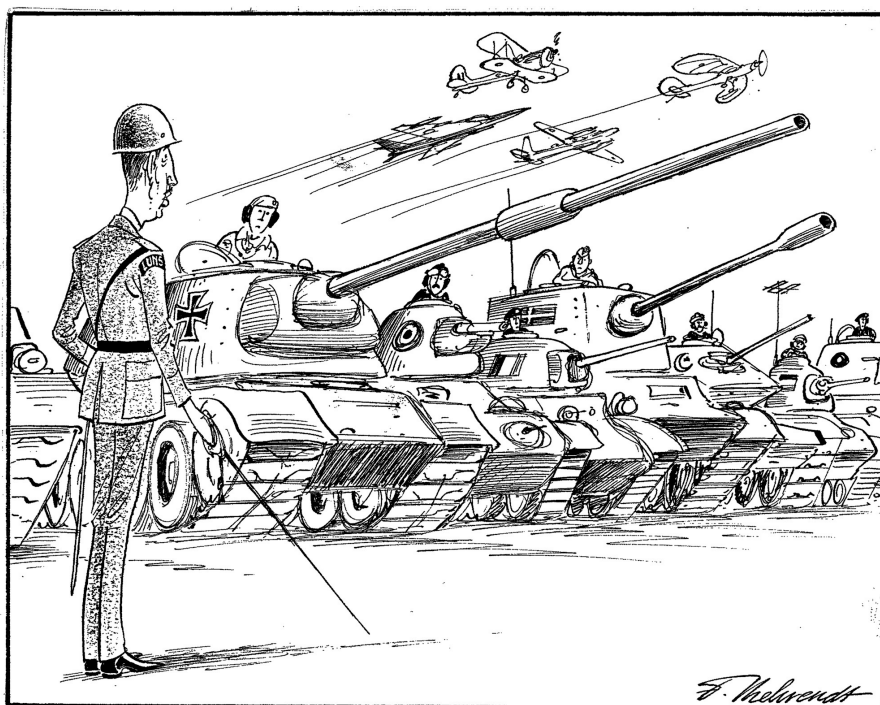
Die NATO muss sich bei diesem Bemühen mehreren Herausforderungen stellen und diese bei der Anpassung ihrer Strategie und Institutionen berücksichtigen.

- Erstens ist die sicherheitspolitische Bedrohung eine Interpretationsfrage geworden. Im Gegensatz zum Ost-West-Konflikt, wo Militärpotenziale als relativ klare Indikatoren dienten (allerdings auch damals oft mit Meinungsverschiedenheiten verbunden), bestehen über der Frage, wann oder ob eine innenpolitische Destabilisierung, ein ethnischer Konflikt oder der Aufstieg

<sup>1</sup> Typisch hierfür Klaus Bölling: Erfahrung unerwünscht, *Süddeutsche Zeitung*, 31.1.2008.

einer radikalen Gruppe eine Bedrohung darstellt, meist unterschiedliche Auffassungen, sowohl innerhalb von Bündnisstaaten als auch zwischen ihnen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Divergenzen zum Normalfall und die NATO zu ihrem Manager geworden ist. Dieser Tatbestand verurteilt sie nicht zum Untergang, sondern eher zur Verbesserung des internen Dialogs und der Konsensfindung.

- Zweitens ist das Risiko nicht mehr hypothetisch wie zur Zeit des Ost-West-Konflikts, als die NATO durch Abschreckung Krieg zu verhindern versuchte. Damit konnten auch Gesellschaften mit pazifistischen Traditionen leben. In der neuen NATO sind jedoch praktisch alle Operationen – von „Robust Peace Keeping“ und Aufbaumissionen in krisengeschüttelten Ländern bis zu Kampfeinsätzen selbst – mit realen Risiken für das Leben von Soldaten und erheblichen materiellen Kosten verbunden. Das ist für zahlreiche Gesellschaften eine neue Lage, denn viele, unter ihnen Deutschland, haben keine Tradition militärischer Interventionen und somit keine gewachsene Akzeptanz damit verbundener Verluste, wie beispielsweise die USA oder Frankreich. Eine innenpolitische Legitimierung der neuen Sicherheitspolitik erfordert deshalb von der politischen Klasse die Weisheit und den Mut, der eigenen Gesellschaft klar zu machen, dass ihre eigene Sicherheit vom Einsatz ihrer Soldaten und Ressourcen in fernen Ländern abhängt. Dies ist nötig und auch möglich.



„Und wie steht es mit der Standardisierung?“ (1976)



- Um dies zu erreichen, muss die NATO ihre Grundphilosophie von der „kollektiven Verteidigung“ der Vergangenheit auf die „kollektive Sicherheit“ umstellen. Es geht nicht mehr um die Verhinderung eines Angriffs der Roten Armee, der alle in einen Krieg gerissen hätte und als Bedrohung innenpolitisch relativ leicht zu vermitteln war, sondern um die Schaffung oder Verhinderung von politischen Bedingungen in fernen Ländern, zum Beispiel in einem zerfallenden Staat wie Afghanistan, durch Entwicklungshilfe, Staatsaufbau, Peace Keeping oder militärische Einsätze, um potenzielle Bedrohungen wie Anschläge in Bündnisländern zu verhindern. Dies erfordert eine komplexe und keineswegs einfache innenpolitische Argumentation. Diese wird dann noch schwieriger, wenn nicht ein identifizierbares Eigeninteresse, wie die Verhinderung von Angriffen, sondern humanitäre Ziele Grundlage eines Einsatzes von Truppen und Ressourcen bilden. Genozid stößt überall auf Ablehnung, aber von dort bis zum Einsatz eigener Soldaten zu seiner Verhinderung oder Beendigung ist ein weiter Weg – namentlich in Demokratien, wie der Darfur-Fall erneut zeigt. Dennoch geht kein Weg an der Notwendigkeit vorbei, in den demokratischen Gesellschaften der NATO Sicherheitspolitik neu zu begründen und dadurch ihre Legitimierung zu bewirken, da sonst Demokratien potenziell katastrophale Angriffe machtlos über sich ergehen lassen müssen.

Die NATO braucht ein neues strategisches Konzept und muss einen Konsens finden.

Die Neubegründung sollte durch die gemeinsame Erarbeitung eines neuen strategischen Konzepts bewirkt werden.<sup>2</sup> Erleichtert durch die bevorstehende Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration, könnte 2009 zum 60-jährigen Bestehen der NATO und nach dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Regierung hierzu der Auftrag beschlossen werden. Dieses Vorhaben sollte drei Aufgaben erfüllen:

- Erstens ist es notwendig, Strategie, Selbstverständnis, Konsultationsverfahren, operative Umsetzung, Beiträge der Mitglieder und institutionelle Regelungen der NATO neu zu bestimmen.
- Zweitens sollte die Erarbeitung einer neuen Strategie dazu beitragen, in den Mitgliedsländern eine Debatte auszulösen und aufklärend zu wirken, um damit ihre innenpolitische Abstützung und demokratische Legitimierung zu stärken.
- Drittens schließlich sollte dies eine „einigende Anstrengung“ werden, um die heutigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bündnisses zu den gewandelten sicherheitspolitischen Aufgaben weitestmöglich durch einen Konsens abzulösen. Dazu gehören insbesondere die Überwindung des für das Bündnis potenziell fatalen Konzepts seiner Reduktion auf eine „Koalition der Willigen“ sowie eine Klärung der Verbindung ziviler und militärischer Ansätze und der Kooperation mit anderen Institutionen (vor allem der EU) und Partnern außerhalb der NATO.

<sup>2</sup> Hierzu sind zukunftsweisende Überlegungen gemacht worden von Klaus Wittmann: Ein neues Strategisches Konzept, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.7.2007 und Klaus Naumann u.a.: *Towards a Grand Strategy for an Uncertain World. Renewing Transatlantic Partnership*, abrufbar unter [newsletter@worldsecuritynetwork.net](mailto:newsletter@worldsecuritynetwork.net), 16.1.2008.